

LEITFADEN ZU DEN QUELLEN ZUR ENTSCHÄDIGUNG VON IN DER NS-ZEIT VERFOLGTEN GRUPPEN IN DER NACHKRIEGSZEIT IM STAATSARCHIV BREMEN



Formblatt Wgn 3
Ar.: KL Nr.
Wgn Nr. 282

Antrag auf Haftentschädigung

(Möglichkeit in Block- oder Nachtragschrift ausfüllen)

Zu- u. Vornamen der Geschädigten: **ELSA ERNA LUISE W. HASSELMANN**
 Geboren am: **6.2.1917** in: **BREMEN** geb. **Wiegand**
 jetzige Anschrift: **BREMEN** **BRÄKERSTR.** **18**

Wohnung am 1.1.1947: **BREMEN** Ort: **BREMEN** Post: **BREMEN** Land: **BREMEN**

Orts- teil der Haft (möglichst angeben möglich)	Art der Haft (Strafhaft, mit- schuldhaft, Unterwerfung, Sofort-, KZ-Lager, Ghettoshaft und Konzentrationslager, Emigration, Regelmäßige Aufenthalt)	Datum von - bis	(nicht ausfüllen)	verübt in ORT Lager, Strafanstalt	Ursache Verfügungen Abmarschen
	politisch STRAFHAFT	19.9.38		ditto	Landesanstalt
	u. KZ Haft	11.1.46		Rammstedt	Mkt. 72. 209
		21.7.48	9102		
11.4.48					
15.3.48					
2.2.48					

Handwritten note: Keine gefasste Felle
Tiere Regell. Hand. Anträge entgeg.

(Schriftliche Unterlagen, z. B.: Haftakten, Urteile sowie deren Absenzen, Erfassungsbücher bzw. eidgenössische Erklärung oder eidgenössische Aussagen von 3 Zeugen sind beizulegen.)

Ich war ~~kein~~ Mitglied der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen: **nein**
 Ich bin wegen krimineller Delikte ~~strafrechtlich~~ bestraft worden, gegfls.: **nein**

Gründe: **Galgenstr./Zuchthaus: Ort** **Strafdauer:**

Ich bitte, den Betrag, der mir nach Einbehaltung der gewährten Vorschüsse bewilligt wird, auf mein Konto-Nr. **533 783** bei der **Sparkasse der Bremen**, Nebenstelle **18** zu überweisen und versichere an Eides Statt, daß sämtliche Angaben der Wahrheit entsprechen. Es ist mir bekannt, daß unrichtige Angaben die Erstattung zu Unrecht erhaltener Beträge und strafrechtliche Verfolgung nach sich ziehen.

Bremen, den **17.5.** 1949. **Luisa Hasselmann**
Unterschrift



auch online unter:

Inhalt

Einleitung	3
Bestandsgruppen zur Entschädigung von in der NS-Zeit verfolgten Bremerinnen und Bremern in der Nachkriegszeit	5
Bestandsgruppen aus der NS-Zeit zu Zwangsarbeit	7
Literaturempfehlungen	8

Einleitung

Nach Kriegsende hatten die Militärregierungen die als unrechtmäßig erworbenen Vermögen aus der NS-Zeit unter Aufsicht gestellt. Zunächst wurde von der Militärregierung ein Amt für Vermögenskontrolle eingeführt. Eine einheitliche Regelung für alle Militärregierungen konnte nicht erzielt werden. Am 10. November 1947 trat das Gesetz 59 für die amerikanische Zone, zu der Bremen gehörte, in Kraft. Zu Beginn gab es mehrere Behörden in verschiedenen Ressorts, die dann endgültig am 18.10.1949 in eine einheitliche Behörde, dem Landesamt für Wiedergutmachung, mündeten.

Zum einen wurde von der Behörde in Unterlagen der Finanzverwaltungen, die vor 1945 entstanden waren, recherchiert, um unrechtmäßig entzogenes Vermögen wieder den Geschädigten zuzuordnen. Kenntnisse über solche Vermögen mussten auch per Gesetz Nr. 59 der Wiedergutmachungsbehörde gemeldet werden.

Darüber hinaus konnten Geschädigte einen Antrag auf Entschädigung stellen. Die Verfahren waren oft sehr langwierig und konnten 10 Jahre und länger dauern, bis endgültig über eine Entschädigung entschieden wurde.

Es gab folgende Verfolgtengruppen:

- Aus rassistischen Gründen Verfolgte, vor allem als Juden und „Zigeuner“ Verfolgte
- Aus politischen Gründen Verfolgte
- Aus religiösen Gründen Verfolgte

Bei der überwiegenden Zahl ging es um rassistisch und politisch Verfolgte.

Einige Verfolgtengruppen erhielten keine Entschädigung wie z.B. als „Asozial“ eingestufte Personen und Kleinkriminelle, die in der NS-Zeit massiven Bestrafungen ausgesetzt waren, sowie Homosexuelle und Personen, die den Erbgesundheitsgesetzen durch Zwangssterilisationen und Euthanasie zum Opfer fielen. Auch Roma und Sinti hatten es schwer, ihre Ansprüche durchzusetzen.

In den 1950er Jahren immer noch als „Randgruppen“ eingestufte Menschen waren somit stark benachteiligt. Erst in den 1980er Jahren begann man, den Kreis der zu entschädigenden Verfolgtengruppen zu erweitern.

Das Landesamt für Wiedergutmachung war für diejenigen Antragsteller zuständig, die zum Stichtag - für das Verfahren nach Entschädigungsgesetz (EG) war dies der 1.1.1947, für das Verfahren nach Bundesergänzungsgesetz (BEG) der 31.12.1952 - ihren Wohnsitz in Bremen gehabt hatten bzw. deren letzter Wohnsitz vor dem Verlassen des Reichsgebietes Bremen gewesen war.

Das Landgericht Bremen, Entschädigungskammer, konnte angerufen werden, wenn ein abgelehnter Bescheid vorlag. In einzelnen Fällen wurde auch das Hanseatische Oberlandesgericht angerufen (Bundesgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung, Bundesentschädigungsgesetz BEG, § 208). Die vollständige Bezeichnung der Kammer lautete Zivilkammer 5, Kammer für Handelssachen, Rückerstattungs- und Entschädigungskammer (Bestand 4,44/2).

Anfang der 1990er nach Öffnung des Ostblocks erhielt eine weitere Verfolgtengruppe juristische Anerkennung: Es waren vor allem Personen aus dem außerdeutschen Raum, die im „Dritten Reich“ zu Zwangsarbeit verpflichtet wurden. Es sollte neben der Entschädigung aus verschiedenen Verfolgungsgründen nun zusätzlich Rentenansprüche für die geleistete Arbeit anerkannt werden. Davon waren auch die durch ihr Verfolgungsschicksal bereits entschädigten Gruppen betroffen. Hier konnte für in Konzentrationslagern geleistete Arbeit noch ein Rentenanspruch geltend gemacht werden. Dies erfolgte für noch in Bremen lebende Personen bereits ab Mitte der 1980er Jahre.

Bis zum Jahr 2000 wurden aber in sogenannten Globalabkommen nur an einzelne Staaten Entschädigungszahlungen für geleistete Zwangsarbeit geleistet. Dann wurde auf Bundesebene die Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ gegründet. Hierdurch gab es weitere Anträge auf Entschädigung.

Bestandsgruppen zur Entschädigung von in der NS-Zeit verfolgten Bremerinnen und Bremern in der Nachkriegszeit

Bestandssignatur / Gliederung	Enthält:	Laufzeit
4,54. Gen	Landesamt für Wiedergutmachung (Opferentschädigung der Verfolgten des Nationalsozialismus, Einzelfallakten) Die Antragsteller waren neben anderen Verfolgungsgruppen vor allem überlebende Bremer Jüdinnen oder Juden oder deren Nachkommen sowie politisch Verfolgte.	1945- 1975
4,54-E	Entschädigungsverfahren Entschädigt wurde: <ul style="list-style-type: none"> • Schaden an Leben (Versorgung der Hinterbliebenen) • Schaden an Körper und Gesundheit • Schaden an Freiheit • Schaden an Eigentum und Vermögen • Schaden im wirtschaftlichen Fortkommen • Renten- und Versicherungsschäden 	1945- 2015
4,54-Ra 4,54-Rü	Rückerstattungsverfahren <ul style="list-style-type: none"> • Immobilien, Hausrat und Schmuck 	1946- 1982
4,145	Amt für Vermögenskontrolle	1945- 1962
4,42/3	Oberfinanzdirektion, Vermögensverwertungsstelle	1932- 1976
4,42/6	Oberfinanzdirektion Bremen, Rückerstattungsverfahren Der Bestand ist nicht abschließend verzeichnet, daher sind die Einzelakten noch nicht über Arcinsys bestellbar.	1946- 1982

Bestandssignatur / Gliederung	Enthält:	Laufzeit
3-R.1.m.	Alliierte Besatzungszeit	1945- 1959
4,16	Stadtamt Zwei Kartons, u.a. Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben, Verwertung des jüdischen Vermögens, insbesondere Grundstücksverkäufe, noch nicht über Arcinsys bestellbar)	
4,44/2	Landgericht Bremen - Zivilkammer Hinweis: Die Verzeichnungseinheiten zum Bestand sind in Arcinsys verborgen, bitte wenden Sie sich an das Staatsarchiv Bremen	1878- 2008
4,82/1	Stadt- und Polizeiamt – Verwaltungspolizei, Einwohnermeldekartei (Hier findet man die Meldeangaben zu Einzelpersonen oder Familien, Auskünfte können aus Datenschutzgründen nur über das Archivpersonal erteilt werden)	1930- 1978
4,82/2	Stadt- und Polizeiamt – Ordnungsverwaltung (Verkauf von jüdischen Grundstücken und Gewerbebetrieben) (bei „Einfache Suche“ z.B. „jüdischen“ eingeben)	1926- 2007
4,97/2	Senator für Arbeit, 5.Wiedergutmachung	1945- 1997
7,1086	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN)	1933-, 1960- 1992
7,1112	Verein Walerjan Wrobel	1943- 2005
9,S 9 - 38	Sammlung Französische Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter 1939-1945	

Bestandssignatur / Gliederung	Enthält:	Laufzeit
9,S 9 - 51	Sammlung Zwangsarbeit in Bremen 1939-1945 Der Bestand ist nicht abschließend verzeichnet, daher sind die Einzelakten noch nicht über Arcinsys bestellbar.	

Bestandsgruppen aus der NS-Zeit zu Zwangsarbeit

Bestandssignatur / Gliederung	Enthält:	Laufzeit
4,82/1	Stadt- und Polizeiamt – Verwaltungspolizei, Einwohnermeldekartei (Hier findet man die Meldeangaben zu Einzelpersonen oder Familien, Auskünfte können aus Datenschutzgründen nur über das Archivpersonal erteilt werden)	1930- 1978
4,29/1	Senator für das Bauwesen, ältere Registraturen, insbesondere Abteilung II (Abteilung für kriegswichtigen Einsatz)	1939- 1945
7,500	Nr. 38 Lebenserinnerungen des Niederländers Oud Hermann	1941- 1942
4,13/1	A.8.b. Ausländische Arbeitskräfte, volksdeutsche Zivilarbeiter aus den Ostgebieten	1925- 1945
7,1066	Schriftgutsplitter der NS-Zeit	1908- 1946
6,14	Borgward-Kartei Der Bestand ist nicht abschließend verzeichnet, daher sind die Einzelakten noch nicht über Arcinsys bestellbar.	

In Bremen gab es sehr viele Firmen, bei denen Zwangsarbeiter zum Einsatz kamen. Es waren rund 40.000 Zwangsarbeiter in 200 Lagern im Bremen untergebracht (vgl. „Vergessene Opfer...“ siehe Literaturanhang) Es gibt keine vollständige Auflistung

der betroffenen Firmen, ebenso nicht über Zwangsarbeiter. Als größte noch vorhandene Überlieferung ist die Borgward-Kartei mit ca. 8000 Karteikarten zu nennen (Bestand 6,14).

Bisherige Rechercheergebnisse wurden in einer ZEDOV-Datenbank (Zentrale Dokumentation der Verfolgung in den Jahren der nationalsozialistischen Herrschaft in Bremen) zusammengefasst. Diese ist für die Benutzung aus Datenschutzgründen nicht öffentlich zugänglich. Auch in der Dienstregistratur des Staatsarchivs befinden sich Unterlagen zur Entschädigung von Zwangsarbeitern (teilweise eingearbeitet in 9,S 9-51).

Deshalb empfiehlt es sich, bei gezielten Suchen nach Zwangsarbeitern oder Firmen eine schriftliche Anfrage an das Staatsarchiv zu richten oder unsere Fachberatung im Haus aufzusuchen.

Wenn nach Zwangsarbeitern in bestimmten Firmen gesucht wird, müsste bei der Suche in Arcinsys auch der Firmenname (eventuell auch alter Firmenname) eingegeben werden.

Literaturempfehlungen

- **Jaromir Balcar: Raub von Amts wegen: zur Rolle von Verwaltung, Wirtschaft und Öffentlichkeit bei der Enteignung und Entschädigung der Juden in Bremen, Bremen 2014**
- **Die Entschädigung von NS-Zwangsarbeit am Anfang des 21. Jahrhunderts (Hrsg. von Constantin Goschler), Bd. 1 bis 4, (Erscheinungsort?) 2012**
- **Jakob Lohße: Die vergessenen Opfer: der Bremer Härtefonds zur Entschädigung von „vergessenen NS-Opfern“, Bremen 2010**
- **Bettina Schleier: Die Entschädigung der Verfolgten des Nationalsozialismus im Spiegel der überlieferten Einzelfallakten, in: Bremisches Jahrbuch, Bd. 82, S.224-250, Bremen 2003,**

auch [veröffentlicht in den Digitalen Sammlungen der Universitätsbibliothek Bremen](#)

- „Vergessene Opfer. Die Erinnerungsarbeit des Vereins Walerjan Wrobel Verein Zwangsarbeit e.V.“, Kleine Schriften des Staatsarchivs Bremen, Heft 40, Bremen 2007, darin: Eva Determann: „Zwangsarbeit in Bremen – Ein Überblick“, S. 23-37, und Monika Marschalck: „Hilfen zur Entschädigung – Arbeitsnachweise, Bestätigung, Datenbanken, Zusammenarbeit mit dem Staatsarchiv“, S.159-171 (im Lesesaal des Staatsarchivs einsehbar, darin befindet sich eine Literaturliste zur Zwangsarbeit.
- Lena Langensiepen: „Von Spurensuche bis Besuchsprogramm: Der lange Weg der Erinnerung an NS-Zwangsarbeit in Bremen seit den 1980er Jahren“, in Bremisches Jahrbuch, Bd. 96, Bremen 2017, S. 229-246 , auch [veröffentlicht in den Digitalen Sammlungen der Universitätsbibliothek Bremen](#)
- Susanne Engelbertz: Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933 – 1945, hrsg. vom Studienkreis zur Erforschung und Vermittlung der Geschichte des Widerstandes 1933 - 1945 ... Red.: Ursula Krause-Schmitt, Bremerhaven 1992
- Hans-Gerhard Schmidt: „Entschädigung für NS-Unrecht ohne Wiedergutmachung? Sozialstaatliche Schadensregulierung für Verfolgte des Nationalsozialismus in Bremen“, Veröffentlichungen aus dem Staatsarchiv der Freien Hansestadt Bremen, Bd. 74, Bremen 2023
- Bettina Schleier: „Das Umzugsgut jüdischer Auswanderer – von der Enteignung zur Rückerstattung“, in: Bremisches Jahrbuch, Bd. 77, Bremen 1998, S. 247-265